

Universität–Gesamthochschule Siegen
Fachbereich 1
Fach Geschichte

Marc Neumann

Kurzübersicht über Archivalien im Hamburgischen Staatsarchiv im Zusammenhang mit dem Zwangsarbeitseinsatz in Hamburg im Zweiten Weltkrieg

Stand: November 2000

Abschluss der Bearbeitung dieser Übersicht: März 2001, ergänzt im Juli 2006

Vorbemerkung

Bei der Nutzung sollte berücksichtigt werden, dass diese Zusammenstellung auf dem Thema meiner Magisterarbeit „Zwangsarbeit bei den Kommunen und im öffentlichen Dienst 1939 bis 1945 am Beispiel Hamburgs“ beruht. Daher wurden naturgemäß vorwiegend solche Archivalien erfasst und gesichtet, die Auskunft über die Beteiligung der Staatsverwaltung und vor allem der Gemeindeverwaltung der Hansestadt Hamburg am Zwangsarbeitseinsatz geben. Archivgut über Zwangsarbeit außerhalb des öffentlichen Sektors ist in der Übersicht zwar enthalten; für diesen Aspekt müssen aber hier nicht ausgewertete Bestände mit herangezogen werden. Schon allein aus diesem Grund kann die vorliegende Zusammenstellung keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Über diese Übersicht hinaus sei auch auf die in der am Ende angegebenen Literatur genannten Quellen verwiesen.

Die Übersicht ist nach Provenienzen geordnet. Mit (P) gekennzeichnete Archivalien enthalten personenbezogene Daten bzw. Personenstandsdaten.¹ – Die vorliegende Übersicht wird ergänzt durch eine Anlage mit Angaben über zwei Entnazifizierungsakten und eine Akte im Bestand Wohnungsamt II. Über die Vorlage dieser Anlage hat das Staatsarchiv zu entscheiden, da im Aktentitel personenbezogene Angaben enthalten sind. Die Anlage ist folglich in den Exemplaren, die außerhalb des Staatsarchivs einsehbar sind, nicht enthalten.

Die Quellenlage, betrachtet man das Hamburgische Staatsarchiv allein, erweist sich als eher desolat: Vernichtungsaktionen und Kriegseinwirkungen führten dazu, dass ganze Bestände nicht mehr überliefert sind, die für das Thema Zwangsarbeit im Zweiten Weltkrieg von zentraler Bedeutung sind. Hierzu zählen v. a. die Akten der NSDAP und ihrer Nebenorganisationen (insbesondere der Deutschen Arbeitsfront, die mit dem Ausländereinsatz und der Lagerunterbringung unmittelbar befasst war) und der örtlich zuständigen Arbeitseinsatzbehörden, nämlich des Arbeitsamts Hamburg und des Landesarbeitsamts Nordmark. Vor dem Einmarsch der britischen Besatzungstruppen im Mai 1945 vernichtete, wenig überraschend, die Staatspolizeileitstelle Hamburg ihre Akten. Nur unvollständig überliefert sind die Akten der Reichsbahndirektion Hamburg und der Oberpostdirektion Hamburg; aus der Zeit vor der Befreiung fehlen hier u. a. sämtliche Akten, die Aufschluss über den nicht unwesentlichen Zwangsarbeiterereinsatz bei Bahn und Post geben könnten. Diese sind entweder nicht zur Ablieferung gelangt oder die 1945 für die Reichsbahn ergangene Anordnung, Unterlagen zu

1 Dabei handelt es sich manchmal nur um wenige Angaben, manchmal auch um umfangreiche Listen. Aus dem Fehlen der Kennzeichnung kann andererseits nicht in jedem Fall geschlossen werden, dass in der Akte keine personenbezogenen Angaben enthalten sind, da z. T. nur eine kursorische Sichtung erfolgt ist.

vernichten, ist in Hamburg zur Anwendung gekommen, wie die Rechtsnachfolgerin der Reichsbahn, die heutige Deutsche Bahn AG, vermutet.²

Insgesamt sind Unterlagen jedweder relevanter Provenienz aus der Zeit des Dritten Reichs im Hamburgischen Staatsarchiv nur äußerst lückenhaft überliefert. Ursache hierfür – das stellt kein ungewöhnliches Phänomen dar – ist neben äußeren Einwirkungen und gezielten Vernichtungsaktionen auch eine manchmal mangelhafte Ablieferungsdisziplin der Fachverwaltungen. So gelangten längst geschlossene Akten aus alten Registraturschichten teilweise erst in den späten 70er-Jahren und noch Ende der 80er-Jahre an das Staatsarchiv.³ Es ist daher nicht ausgeschlossen, dass noch bei der Sturmflut des Jahres 1962 relevantes Schriftgut umgekommen ist.

Bei der Bewertung der Quellenlage muss ferner bedacht werden, dass die während des Zweiten Weltkriegs zuständigen Bediensteten oftmals auch nach der Befreiung noch Zugriff auf die Registraturen ihrer Behörden hatten; dass bei solcher Gelegenheit der ein oder andere unliebsame Vorgang stillschweigend kassiert wurde, ist sehr wahrscheinlich.

Es fällt auf, dass manche Aktenpläne auch nach 1945 unverändert gültig waren – Systemstellen, unter denen im Nationalsozialismus beispielsweise Vorgänge über die Entfernung jüdischer Bediensteter aus dem Amt abgelegt waren, erhielten nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches Bezeichnungen wie „Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts“. Akten etwa aus dem Bestand Friedhofsverwaltung wurden unter demselben Aktentitel und zum Teil von denselben Bearbeitern nahtlos weitergeführt.

2 Schreiben der Abteilung Konzerngeschichte der Deutschen Bahn AG an den Verfasser, 29.6.2000.

3 So Schriftgut aus dem Bestand Gesundheitsbehörde, das erst 1976 zur Ablieferung gelangte; relevante Archivalien des Bestandes Baubehörde, darunter Akten, die bereits 1941 abgeschlossen worden waren, gelangten erst 1986 und 1988 an das Staatsarchiv.

113-5 Staatsverwaltung – Allgemeine Abteilung

B IV 2a Bewerbung/Verwendung von Ausländern: Allgemeines über die Beschäftigung nicht Deutscher im öffentlichen Dienst; Zustimmung der Staatsverwaltung zu einer Einstellung von „Arbeitsfrauen nicht deutscher Staatsangehörigkeit“ im UKE. Wenig ergiebig.

E I H Religiöse Betreuung von Kriegsgefangenen und ausländischen Arbeitern 1938-41: Staatspolizeiliche Beobachtung von Gottesdiensten in polnischer Sprache vor Beginn des Zweiten Weltkriegs; Allgemeines über die Betreuung der polnischen Kriegsgefangenen (reichsweit gültige Vorschriften): über die Generalia hinaus wenig ergiebig.

Weiter könnte die von mir nicht gesichtete Akte B IV 2b von Interesse sein. (P)

131-10 II Senatskanzlei – Personalabteilung II

220 Lohn- und Arbeitsverhältnisse ausländischer Arbeiter 1940-45: U. a. Anträge der Gemeindeverwaltung auf Strafverfolgung gegen ausländische Arbeiter; Entlohnung von jugendlichen Ostarbeitern. (P)

251 Maßnahmen auf dem Gebiet des Arbeitsrechts 1939-1945: Neben allgemeinen Anordnungen des GBV etwa Besprechungsnotiz über verschärfte Strafmaßnahmen (hier nahm die Gemeindeverwaltung teil), Maßnahmen bei Luftangriffen.

301 Beschäftigung von Kriegsgefangenen 1940-45: Einsatzbedingungen für Kriegsgefangene bei der Müllabfuhr; freiwillige Arbeit kriegsgefangener Offiziere.

302 Einsatz von Kriegsgefangenen in Betrieben der Gemeindeverwaltung 1940-45: Dokumente über den Beginn der Planungen zum Kriegsgefangeneneinsatz; Anforderungen einzelner Beschäftigungsdienststellen und –betriebe nebst Beschreibung des potenziellen Einsatzgebietes; Beteiligung der Gemeindeverwaltung am Betrieb des Kriegsgefangenenlagers Überseeheim auf der Veddel (z. T. recht detailliert) sowie dortige Belegungszahlen; ferner allgemein gültige Bestimmungen für Kriegsgefangene; Planungen bezüglich der Einrichtung von Bordellen für „fremdvölkische Arbeitskräfte“; Lohnfragen; Beurlaubung von Kriegsgefangenen („Entlassung“ in das Zivilarbeitsverhältnis). Die ergiebigste Akte im Bestand. (P)

- 304 Band 1 Kriegswirtschaftliche Maßnahmen 8/1939-8/1942: U. a. Programm des GBV vom April 1942; Schreiben der DAF Hamburg an Betriebe, die Ostarbeiter beschäftigten, bezüglich der Lockerung von Bestimmungen; Planungen bezüglich der Einrichtung von Bordellen für „fremdvölkische Arbeiter“.
- 480 Personalstandserhebungen für das Reichsministerium des Innern 1941-44: Aufstellung der deutschen und ausländischen Beschäftigten, ZwangsarbeiterInnen und Kriegsgefangenen bei der Gemeindeverwaltung zu verschiedenen Stichtagen. Für die quantitative Beurteilung des Zwangsarbeitseinsatzes bedeutsam.
- 481 Personalstärke 1943: vergleichbar 480.
- 482 Krankenstandsübersichten 1943-45: Maßnahmen zur Senkung des Krankenstands bei der Gemeindeverwaltung, v. a. bei deutschen „Gefolgschaftsmitgliedern“; es findet sich weiter eine nicht näher bestimmbare Abschrift von „Ratschlägen eines belgischen Arztes an alle Arbeiter, die in die Verlegenheit kommen könnten, für die Deutschen arbeiten zu müssen.“

135-1 I-IV Staatliche Pressestelle I-IV

- 7516 Kongress der europäischen Arbeit, Presseauschnitte: Im Juni 1943 fand in Hamburg eine Propagandaveranstaltung der Nationalsozialisten (unter wesentlicher Beteiligung der DAF) statt. In der Akte finden sich Berichte örtlicher und überregionaler Zeitungen.

135-2 Statistisches Landesamt II

- A 48 Alphabetische Kartei der Ausländer in Groß-Hamburg 1939-1945. (P)
- A 49 Alphabetische Personendatei 24.7.1943. (P)
- 5002-1 Einwohnerzahlen: Anhand neuer Richtlinien über die Fortschreibung der Einwohnerzahl lässt sich aus Schriftstücken in dieser Akte die Zahl der ausländischen ArbeiterInnen in Hamburg mit Stichtag 31.12.1942 erheben.

321-2 Baudeputation

B1313a Bau der Adolf-Hitler-Straße in Wilhelmsburg und Beschäftigung von Kriegsgefangenen bei der Bauverwaltung bzw. bei Subunternehmern.

322-3 Architekt Gutschow

A 98 Untersuchungen über den Einsatz von Kriegsgefangenen bei der Durchführung der Neugestaltungsmaßnahmen 1940-41: Frühe Planungen bezüglich des Arbeitseinsatzes; Zahlenangaben etwa für Mai 1941.

A 99 Planungen von Barackenlagern für Bauarbeiter: Insbesondere Vorgänge um die Errichtung dieser Lager und Angaben zur Beteiligung des AkE an der Organisation des Ausländereinsatzes; Muster eines „Lagerausweises“ und einer „Lager- und Stubenordnung“, Modell eines Lagers für ausländische ArbeiterInnen.

A 107 Verhandlungen über den Einsatz des KZ Neuengamme bei der Herstellung von Ziegelsteinen: Bezüglich des Einsatzes von zivilen und kriegsgefangenen ausländischen ZwangsarbeiterInnen unmittelbar wenig ergiebig; enthalten sind v. a. Gesprächsprotokolle bezüglich der Schiffbarmachung der Dove-Elbe, Vertragsentwürfe; deutlich wird die Position Hamburgs hinsichtlich des KZ Neuengamme.

B 5 enthält u. a. „Erfahrungsbericht des Amts für kriegswichtigen Einsatz 1941/42“, darin auch Tätigkeitsbericht bezüglich des Zwangsarbeitereinsatzes und der Lagerunterbringung.

B 22 Bereitstellung und Einsatz von Arbeitern und Kriegsgefangenen 1941-1943: Qualitative und vor allem quantitative Angaben über den Arbeitseinsatz auch von ZwangsarbeiterInnen, Angaben über einzelne Lager und Beschäftigungsbereiche, Statistiken, Schaubilder; intus auch ein „Bericht über den Einsatz der Bautruppen des Heeres“ (und der Kriegsgefangenen) in Hamburg.

B 80 Schadensbeseitigung nach den schweren Luftangriffen Juli/August 1943: Meldungen über Zerstörung von Ausländerlagern, Organisation des (Zwangs-) Arbeitseinsatzes, Leichenbergung, Maßnahmen gegenüber AusländerInnen bei der Evakuierung der Stadt.

- B 90 Unterbringung ausländischer Arbeitskräfte 1941-43: Neben Allgemeinem findet sich Schriftverkehr zwischen dem Generalreferenten für Raumordnung beim Reichsstatthalter und der DAF, der auf diverse Meinungsverschiedenheiten hinweist, ferner eine Anordnung Kaufmanns als „Reichskommissar für die Seeschifffahrt“, der Ende Juni 1942 die Zuweisung von rund 10.000 französischen Zivilarbeitern nach Hamburg avisiert. Weiter finden sich Lageraufstellungen mit Orts-, Firmen- und Belegungsangaben.
- B 92 Einzelpläne für errichtete und noch zu bauende Lager in Hamburg; Statistiken über Belegung und Aufnahmekapazitäten, z. T. mit Angabe der Beschäftigungsbetriebe/-dienststellen.
- C 1 a-o Sammlung Dähn: Erweiterter Gliederungsplan des AkE (C 1 e); Arbeitseinsatzmeldungen zum Stichtag 1.10.1942 (C 1 f); Erfahrungsbericht des AkE 1941/42 (C 1 g). Die Handakten Dähns bilden eine Ersatzüberlieferung für AkE-Teilbestände.

Die Akten A 15, A 42 B 3, A 43 Band 3 C 29, A 120, A 169, B 56 und B 81 waren unergiebig.

322-5 Oberste Bauleitung – Reichsautobahnen

- 28 Band 5 Lohntarif 1939-1940: Allgemeines zur Entlohnung von Holländern, Belgiern und Polen im Reichsbahn- bzw. öffentlichen Dienst.
- 34 Einsatz von Kriegsgefangenen, Ausländern und Bauarbeitern 1941/42: Soweit aus der Akte hervorgeht, wurden zumindest bis 1942 ausländische ZwangsarbeiterInnen dort nicht eingesetzt.
- 36 Schlechtwetterregelung für Arbeiter und ausländische Arbeitskräfte 1941/1943: Allgemeine Vorschriften.

325-1 Friedhofsverwaltung

- 58 Einsatz – insbesondere bei Erdarbeiten – von Soldaten, Kriegsgefangenen, ausländischen Arbeitern sowie Häftlingen pp. 1941-1945: Neben Generellem findet sich Schriftgut, das Auskunft über die Beschäftigung auch von ZwangsarbeiterInnen auf

- dem Friedhof Ohlsdorf gibt. Enthalten ist u. a. eine Anforderung von Kriegsgefangenen beim Arbeitsamt Hamburg, die Tätigkeitsbeschreibungen einschließt. Namen finden sich hier nicht.
- 201 Bestattung politischer Häftlinge 1944-49: Die Akte enthält Angaben über die Bestattung und z. T. Grabpflege von Häftlingen, ganz überwiegend des KZ Neuengamme. Das Schriftgut ist relevant für den Umgang mit der NS-Vergangenheit in der frühen Nachkriegszeit. Zu ZwangsarbeiterInnen sind keine wesentlichen Informationen enthalten. (P)
- 211 Kriegsgräberfürsorge und 210 Gräber von Kriegsoptionen 1917-1949: Hierunter wurden vor allem die Gräber deutscher Gefallener gefasst; enthalten sind ebenfalls Zusammenstellungen und Nachweisungen über zivile Tote; ferner finden sich – in rein quantitativer Form – Hinweise auf Gräber von „Russen“; andere Überlieferungen sind aufschlussreicher. (P)
- 229 Bestattung von Kriegsgefangenen, Fremdarbeitern... 1941-48: Enthalten sind Namen, Geburts- und andere Personendaten (bei Kriegsgefangenen auch die vom Stalag zugewiesene Nummer) sowie Angaben über die Einsatzstelle bzw. das Lager von Kriegsgefangenen und ausländischen ArbeiterInnen, die in Hamburg gestorben sind. Ferner finden sich generelle Anweisungen zum Ablauf dieser Bestattungen. Auch ein Vorgang, der eine besondere Herabwürdigung eines verstorbenen sowjetischen Kriegsgefangenen darstellte, findet sich hier. In dieser Akte ist des Weiteren Schriftwechsel mit DAF und Arbeitsamt bezüglich der getrennten Bestattung von AusländerInnen enthalten. Die Akte wurde bis nach dem Krieg geführt und ist insofern aufschlussreich hinsichtlich der Nachkriegsbewertung der Zwangsarbeit. Es finden sich umfangreiche Namenslisten, die um weitere Personaldaten ergänzt sind. (P)
- 231 Beschaffung von Spirituosen und Tabakwaren für zur Bestattung von Luftkriegsoptionen eingesetzte politische Häftlinge, sowie von Desinfektionsmitteln: Vor allem der Arbeitseinsatz von KZ-Häftlingen in Ohlsdorf ist dokumentiert; dass Extrazuweisungen überhaupt angefordert werden mussten, lässt auf die Arbeitsumstände schließen. Für November 1944 ist eine Übersicht über die aus Neuengamme stammenden Toten enthalten.
- 237 Nachweisungen, Zustandsberichte pp. von Gräbern sowjetrussischer Soldaten und Zivilisten (1948): intus v. a. Aufstellungen, z. T. mit Namensangaben, Geburts- und

Sterbedaten, Herkunftsorten und Berufsangaben sowjetischer StaatsbürgerInnen für einzelne Friedhöfe in Hamburg sowie Gesamtzusammenstellung, wonach in Hamburg im April 1948 2216 Gräber von SowjetbürgerInnen gemeldet wurden. (P)

Die Akten 54, 72, 78, 152 der Friedhofsverwaltung erwiesen sich trotz viel versprechender Aktentitel als wenig bzw. nicht ergiebig.

326-2 I Strom- und Hafenaufbau I

147 a/8 Herstellung eines Land- und Wasserflugplatzes in Finkenwerder – Aufforstung der Spülflächen zwischen den Leitdämmen vor Stoltenhörn 1942-43: Für die Pflanzungsarbeiten wurden mehrere, durchschnittlich 15 „Ostarbeiterinnen“ beschäftigt. In der Akte finden sich neben einer ausführlichen Beschreibung der geplanten Arbeiten auch die Namen der eingesetzten Frauen sowie Lohnlisten. Die Akte ist recht ergiebig. (P)

331-1 I Polizeibehörde I

- 135 Lager für ausländische Arbeiter bzw. Angaben über deren Arbeitgeber: s. 136.
- 136 Kriegsgefangenenlager in Hamburg in den Jahren 1939-1945 und Arbeitgeber, die Russen beschäftigt haben: enthält Fragebögen, einige Namenslisten.
- 150 Wohnlager; hier: Erhebung vom Februar 1949: s. 164.
- 164 Überwachung der Ausländerlager 1945-47 und 1950-53: Displaced persons in Hamburg nach 1945.
- 758 (ohne): Arbeitsverweigerung polnischer Arbeiter in Wandsbek (1945); Schriftverkehr hierzu; Mordbefehl; Streifentätigkeit nach Luftangriffen zur Verhinderung der Flucht von AusländerInnen.
- 761 (ohne): Bericht der Auslands-Briefprüfstelle Hamburg aus dem Jahr 1944 über die Stimmung dänischer Arbeiter.
- 1168 (ohne): Allgemeines: Sabotagebefürchtungen der Polizeibehörden.

333-3 Feuerwehr I

A 10-13 Ausbildung und Verwendung von Angehörigen der ukrainischen Schutzmannschaft [pp.] 1943-45: Unterlagen über den Einsatz von Ukrainern beim FE-Kommando der Feuerschutzpolizei (seit Mitte 1943). Die Akte ist eher indifferent; es ist zu vermuten, dass auch polnische Zwangsarbeiter als Feuerwehrleute in Hamburg eingesetzt wurden – so waren im Juni 1944 polnische Staatsangehörige nach Hamburg „versetzt“ worden.

351-10 I Sozialbehörde I

AW 19.21 Band 2: Arbeitsbuch 1936-1951: Sehr allgemeine Unterlagen.

AW 31.28 Bände 2 und 3 Arbeitsvermittlung von Ausländern und von Deutschen ins Ausland [Band 2: 1936-42, Band 3: 1942-43]: U. a. längere Textauszüge aus dem Reichsarbeitsblatt über den „Einsatz ausländischer Arbeitskräfte in Deutschland“ (1941); Einzelberichte der Kreisdienststellen bzw. der Oberfürsorge über Probleme mit ausländischen ArbeiterInnen; Erlasse und Zeitungsausschnitte. (P)

AW 31.42 Arbeitseinsatz von OstarbeiterInnen 1943-45: Sehr ausführliche Unterlagen hierzu; ferner Hinweise auf die konkrete Entlohnung, auf die Lebensbedingungen, Krankheits- und Sterbefälle; zum Inhalt vgl. ausführlich Neumann 2000: 115-142. Die Akte wurde schließlich mit PA 11.27 vereinigt. (P)

FR 50.14 Öffentliche Fürsorge für Angehörige der Feindstaaten: Umfang der Leistungen der Arbeitsfürsorge in Krankheits- und Rückreisefällen; Probleme mit (z. T. offenbar freiwillig angeworbenen) ausländischen ArbeiterInnen. Die Bezeichnung „Feindstaaten“ führt in die Irre – so ist auch Material zu dänischen Arbeitern enthalten. (P)

PA 11.27 Allgemeines über die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte: Kriegsgefangene in Betrieben der Arbeitsfürsorge; s. AW 31.42. (P)

StA 26.19 b (diverse Bände) Niederschrift über die Beitratsbesprechungen: Ausländerbeschäftigung bei den Unterstützungsbetrieben der Arbeitsfürsorge; Vortrag des Hamburger DAF-Gaubeauftragten für Lagerbetreuung über den Einsatz von AusländerInnen im April 1942, Anzahl der verhängten Strafmaßnahmen gegen AusländerInnen und Deutsche, Lagerunterbringung der ausländischen ArbeiterInnen.

WA 59.30 Bestattung von Leichen sowjetischer Kriegsgefangener 1941-44: Einige Unterlagen vorhanden (sehr allgemein), soweit die Bestattung in die Zuständigkeit der Sozialbehörde fiel.

WA 91.22a Kriegsgefangene Neustädterstraße 1940-42: Beteiligung der Hamburger Wohlfahrtsanstalten an der Verpflegung von ausländischen ArbeiterInnen (z. T. in Diensten der Gemeindeverwaltung).

352-3 Medizinalkollegium

I H 5 i Band 2 Krankenanstalt im Rauhen Haus, darin: Lager für ausländische Arbeiter 1940-1942: U. a. längere Korrespondenz, die Aufschluss über die Lebensumstände in einem Lager für niederländische Arbeiter gibt.

II N 82 Gesundheitsüberwachung von Fremdarbeitern: Unterbringung der ersten kriegsgefangenen Polen (1940), Krankenhausbehandlung für AusländerInnen; listenmäßige Aufstellung von Ausländerlagern (hierbei z. T. Nationalitäten).

II N 83 Gesundheitliche Überwachung von Kriegsgefangenen-Arbeits-Kommandos: U. a. Aufstellungen der einzelnen Kriegsgefangenen-Lager nebst Nummer; Berichte über Ausbruch von Diphtherie; medizinische Beurteilung der Zustände im Veddel-Lager.

II N 85 Einrichtung von Gemeinschaftslagern 1941: Besichtigung, gesundheitliche Überwachung von Arbeiterlagern; Aufstellung von Lagern für ausländische ArbeiterInnen in Hamburg.

352-6 Gesundheitsbehörde

Ablieferung 1976: 1102-012: Einsatz und Behandlung ausländischer Arbeitskräfte in den Anstalten der Gesundheitsverwaltung 1941-1945 pp.: Ausführliche Vorgänge zum Zwangsarbeitseinsatz in den Krankenhäusern und -anstalten sowie zur Unterbringung am Bernhard-Nocht-Institut, hierzu auch Statistiken. Zum Inhalt s. auch Neumann 2000: 76ff. (P)

Ablieferung 1976: 1102-012,1 und 1102-012,2 Einstellung ehemaliger italienischer militärinternierter Ärzte, Pfleger und Arbeiter. (P)

352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn

- 42 Ärzte – Anstellung, Beschäftigung, Beförderung und Ausscheiden; intus: Beschäftigung ausländischer Ärzte, Pfleger und Arbeiter/innen 1942-45: Beschäftigung sowjetischer Staatsangehöriger in Langenhorn (darunter auch Ärzte); Behandlung von Flecktyphus-Erkrankten in Hamburg; Angebot des Arbeitseinsatzes „ausländischer Ärzte mit stark exotischem Aussehen“ ohne Kontakt zu PatientInnen; gegen Ende des Krieges sprunghaft angestiegene Beschäftigung ausländischer ArbeiterInnen verschiedener Nationalitäten. (P)

352-8/8 Staatskrankenhaus Bergedorf

- 32 Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer 1940-46: u. a. Verhandlungen mit der Gesundheitsverwaltung; Einsatzbereiche; Einsatzzahlen; Merkblätter, u. a. bezüglich der Lohnansprüche. (P)

353-2 II Wohnungsamt II

In den Akten 180, 194, 213, 223, 225, 228, 231, 233 finden sich einige wenige Angaben über Gebäude, die zu Lagern für ausländische ArbeiterInnen umfunktioniert wurden.

Zu Akten dieses Bestandes s. auch die Angaben in der Anlage.

356-4 Reichstreuhand der Arbeit

- 1 Maßnahmen zur Sicherung der Arbeitsdisziplin: intus auch einiges zu ausländischen Arbeitskräften; s. 2.
- 2 Arbeitszeitregelungen: Allgemeine Vorschriften über die Bekämpfung des „Arbeitsvertragsbruchs ausländischer Arbeitskräfte“; Vorschläge, „Gerichtstage“ in den Betrieben abzuhalten. Allgemeine Anordnungen über die Aufrechterhaltung der „Arbeitsdisziplin“ in verschiedenen Sparten.

356-7 Arbeitsamt Hamburg/Landesarbeitsamt Hamburg bzw. NordmarkLAA, Ablieferung 6.6.1990:

1200-1214 Protokolle über Besprechungen pp: Generelles, wenig ergiebig.

1900 A und 1901 B Diverser Schriftverkehr bezüglich Erkrankungen von OstarbeiterInnen; ärztlicher Dienst der Arbeitsämter.

374-6 II Oberpostdirektion II

D 8b Bände 1 und 2: Zivile Postdienste, Aufsicht der britischen Besatzungsbehörden: Umfrage der Militärregierung unter Postdienststellen, Suche nach zurückgelassenem Eigentum ehemaliger ZwangsarbeiterInnen (Antworten u. a. vom Postamt Hamburg 7 und vom Telegraphenbauamt Lübeck); Berichte von Posthaltern in Buxtehude und Reinfeld (Holstein) über die Tage vor und nach der Befreiung (hierbei u. a. Berichte über plündernde Ausländer); Allgemeines über den Postverkehr der DPs nach der Befreiung. (P)

377-10 Behörde für Ernährung und Landwirtschaft I

A b IV 7k Lebensmittelzuteilung an ausländische Zivilarbeiter 1943-45: Im Wesentlichen reichsweit gültige Vorschriften über Lebensmittelrationen; Lagerunterbringung in Hamburg.

A b VIII 4a und Nebenakten Verpflegung der Kriegsgefangenen und Ostarbeiter. Gesetzliche Vorschriften und Rundschreiben 1943-45: Neben Allgemeinem auch Rundschreiben der DAF Hamburg über zusätzliche Verpflegung. Tabellen zur Berechnung auszugebender Rationen; „Ernährungsbilanz“ für Hamburg im Juli 1944.

A b VIII 4 b und c Verpflegung der Kriegsgefangenen und Ostarbeiter – Allgemeines und Hilfstabellen.

A b VIII 4d Verpflegung der Kriegsgefangenen und Ostarbeiter. Allgemeines 1943-1944: U. a. Beschwerden von Hamburger Firmen an das Landes- und Haupternährungsamt über zu geringe Verpflegungssätze für die ihnen zugewiesenen ausländischen ArbeiterInnen; Einzelfälle, in denen Firmen diesen auf eigene Faust höhere Rationen besorgten.

430-74 Polizeipräsidium Harburg-Wilhelmsburg

IV 50.66 Kriegsgefangene in Gaststätten 1943-44: Einzelvorfälle in Harburg-Wilhelmsburg (Ausschank von Bier an französische Kriegsgefangene); allgemeine Vorschriften über Kriegsgefangene in Gaststätten. (P)

IV 50.51-44 Kantine Kantine Ostarbeiter-Baracke Kapellenweg: Antrag auf Erteilung einer Schankerlaubnis in einem Ostarbeiterlager in Harburg. (P)

614-2/5 NSDAP und ihre Gliederungen

Im Bestand sind relevante Archivalien nicht vorhanden. Einigen Aufschluss über die Lebens- und Arbeitsverhältnisse der ausländischen ArbeiterInnen ergeben aber die in A21 überlieferten Ausgaben des Verordnungsblatts des NSDAP-Gaus Hamburg und die in A10 enthaltenen Rundschreiben des Leiters der Partei-Kanzlei.

Gedruckte Quellen

Nachrichtenblatt für die Gemeindeverwaltung der Hansestadt Hamburg

Nr. 17, 17.6.1944, S. 76: Arbeitszeit der Arbeiter in Hamburg.

Amtliche Mitteilungen des Polizeipräsidenten Hamburg

Jahrgang 1940, S. 179f.: Polizeiverordnung über die Behandlung der im Gebiet der Hansestadt Hamburg eingesetzten Zivilarbeiter und –arbeiterinnen polnischen Volkstums (nebst Ausführungsbestimmungen).

Jahrgang 1941, S. 75f.: Polizeiverordnung zur Änderung der Polizeiverordnung über die Behandlung der im Gebiet der Hansestadt Hamburg eingesetzten Zivilarbeiter und -arbeiterinnen polnischen Volkstums.

Jahrgang 1941, S. 239: Benutzung der Gehwege durch französische Kriegsgefangene.

Jahrgang 1942, S. 170: 2. Polizeiverordnung zur Änderung der Polizeiverordnung über die Behandlung der im Gebiet der Hansestadt Hamburg eingesetzten Zivilarbeiter und -arbeiterinnen polnischen Volkstums.

Jahrgang 1942, S. 212: Transport von Kriegsgefangenen.

Hamburgisches Verordnungsblatt

Nr. 23, 7.10.1943: Polizeiverordnung über die Benutzung von Fahrrädern durch Kriegsgefangene im Gebiet der Hansestadt Hamburg.

Nr. 29, 5.11.43: Polizeiverordnung über die Kennzeichnung und Behandlung der im Gebiet der Hansestadt Hamburg eingesetzten Ostarbeiter und Ostarbeiterinnen.

Nr. 13, 20.6.1944: [Neue] Polizeiverordnung über die Behandlung der im Gebiet der Hansestadt Hamburg eingesetzten Zivilarbeiter und -arbeiterinnen polnischen Volkstums.

Weiteren Aufschluss liefern auch diverse Berichte in der Tages- und Wochenpresse.

Weiterführende Literatur

Die Lebensbeichte des Gestapomannes Albert Schweim. Eine Dokumentation. In: Angelika Ebbinghaus/Heidrun Kaupen-Haas/Karl Heinz Roth (Hg.): Heilen und Vernichten im Mustergau Hamburg. Bevölkerungs- und Gesundheitspolitik im Dritten Reich. Hamburg 1984, S. 170-183.

Littmann, Friederike (1983): Ausländische Zwangsarbeiter in Hamburg während des Zweiten Weltkrieges. In: Arno Herzig/Dieter Langewiesche/Arnold Sywottek (Hg.): Arbeiter in Hamburg. Unterschichten, Arbeiter und Arbeiterbewegung seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert. Hamburg, S. 569-583.

— (1984): Das „Ausländerreferat“ der Hamburger Gestapo. Die Verfolgung der polnischen und sowjetischen Zwangsarbeiter. In: Angelika Ebbinghaus/Heidrun Kaupen-Haas/Karl Heinz Roth (Hg.): Heilen und Vernichten im Mustergau Hamburg. Bevölkerungs- und Gesundheitspolitik im Dritten Reich. Hamburg, S. 164-169.

— (1995): Ausländische Zwangsarbeiter in der Hamburger Kriegswirtschaft 1940 bis 1945. In: Frank Bajohr/Joachim Szodrzynski (Hg.): Hamburg in der NS-Zeit. Ergebnisse neuerer Forschungen (= Forum Zeitgeschichte; 5). Hamburg, S. 175-202.

— (2006): Ausländische Zwangsarbeiter in der Hamburger Kriegswirtschaft 1939 – 1945 (= Forum Zeitgeschichte; 16). München/Hamburg.

Neumann, Marc (2000): Zwangsarbeit bei den Kommunen und im öffentlichen Dienst 1939 bis 1945 am Beispiel der Stadt Hamburg. Siegen, Univ., Magisterarbeit.

Anlage

zur Kurzübersicht über Archivalien im Hamburgischen Staatsarchiv, die in Zusammenhang mit dem Zwangsarbeitseinsatz in Hamburg im Zweiten Weltkrieg stehen

Auf Grund der mir erteilten Auflagen bei der Benutzung der Bestände des Staatsarchivs sind die folgenden Angaben aus der Übersicht ausgegliedert worden:

221-11 Staatskommissar für die Entnazifizierung und Kategorisierung

[2 Akten]

353-2^{II} Wohnungsamt II

[1 Akte]

